



Foto: Jörg Rückmann

Warum an den 8. Mai erinnern?

Das Deutsch-Russische Museum in Karlshorst erinnert jedes Jahr mit einem Museumsfest an den 8. Mai 1945. Wir tun das, weil in unserem Gebäude Weltgeschichte geschrieben wurde: In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai unterzeichneten die Vertreter der Deutschen Wehrmacht die Kapitulation. Hier wurde der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg beendet – zumindest in Europa. Wir bewahren den historischen Ort, weil der 8. Mai wohl eines der wichtigsten Daten des 20. Jahrhunderts ist. Es steht nicht nur für das Ende eines der zerstörerischsten Kriege überhaupt, sondern auch für den Beginn einer neuen Weltordnung, die die zweite Hälfte des Jahrhunderts geprägt hat – auch wenn sich die in Karlshorst nach der Unterzeichnung der Kapitulation zusammen feiernden Vertreter der vier Alliierten wohl kaum vorstellen konnten, welche Entwicklungen sie in den nächsten Jahren noch erwarteten.

Als Deutsch-Russisches Museum bewahren wir natürlich insbesondere auch die sowjetische Sicht auf das Ereignis. Für die Sowjetunion bedeutete die Niederlage Deutschlands

das Ende eines Krieges, in dem die deutschen Besatzer unvorstellbare Massenverbrechen begangen hatten. Weite Teile des Landes waren durch die deutsche Besatzung verwüstet, 27 Millionen Einwohner getötet, die Rote Armee nur knapp der vollständigen Vernichtung entgangen. Es verwundert daher kaum, dass in vielen sowjetischen Nachfolgestaaten die Erinnerung an das Kriegsende auch nach 65 Jahren so lebendig ist. Die Russische Föderation hat da sicherlich eine Vorreiterrolle, aber es war eben nicht nur ein russischer Sieg.

Und die Deutschen haben keinen Grund zum Feiern? Doch, eigentlich haben sie das auch. Die NS-Diktatur war überwunden, obgleich diese Befreiung nicht von allen als solche empfunden wurde. 65 Jahre sind seitdem vergangen, die die Deutschen größtenteils in zwei verschiedenen Staaten erlebt haben. So ist es nicht verwunderlich, dass es unterschiedliche Erinnerungen an den 8. Mai 1945 gibt – ein Grund zum gemeinsamen Feiern ist er allemal. Deshalb laden wir an diesem Tag zu unserem Museumsfest ein. *Dr. Jörg Morré, Leiter des Deutsch-Russischen Museums*

Bürgerhaushalt gereift

Von Joachim Pampel

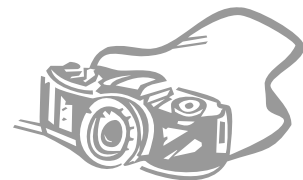
Lichtenbergs Bürgerhaushalt geht nun schon in das sechste Jahr. Kinder werden dann eingeschult. Der stolze Befund der „Vorschuluntersuchung“ des Haushaltes der Bürger: In den letzten zwei Jahren verdoppelte sich die Zahl der jährlich mitbestimmenden Bürger auf 8100. Außerdem entwickelt das „Bezirkskind“ inzwischen eine hohe Beweglichkeit. Denn zwei Wochen nach dem Start für 2012 trugen sich bereits 2720 Personen auf der Website des Bürgerhaushalts ein – mehr als im gesamten letzten Bürgerhaushaltsjahr!

Für alte wie neu hinzugekommene „Bürgerhaushälter“ steht neu zu Lernen an. Zum Beispiel das überlegte Nein-Sagen-Können. Erstmals kann nämlich im Bürgerhaushalt 2012 ein Einsparpunkt vergeben werden, mit dem die Beteiligten verdeutlichen können, wo sie Mittel kürzen würden, um ihr Vorhaben zu finanzieren. Zu lernen ist auch das „mit Anderen teilen können“: in den Bürgerjurs der Kieze, die über die jeweils 5000 Euro für Projekte vor Ort entscheiden. Und selbstverständlich ist bereits Gelerntes zu verfestigen: der erweiterte Online- und Stadteidialog bietet dafür eine Reihe neuer Möglichkeiten.

Lichtenberger Bürgerhaushalt und Bürgerkommune sind von bundespolitischer Bedeutung. Und unsere Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt sind international gefragt. Deshalb sollten wir Bürger-„Kommunarden“ der LINKEN dem neuen Jahrgang unseres Schützlings besondere Aufmerksamkeit angedeihen lassen. Von diesem Monat an gibt es dafür in jedem Stadtteil viele gute Gelegenheiten (Termine S. 4).

In dieser Ausgabe

- Ein Bulldozer für Kuba – die neue Spendenaktion von Cuba Sí (Seite 3)
- Programmdebatte der LINKEN (Seite 5)
- EU-Strategie 2020 – ein Interview mit Martina Michels (Seite 7)
- Kinderoper „Sternzeit F:A:S“ im Theater an der Parkaue (Seite 8)



Bersarin-Birke umgepflanzt



Foto: Horst Herrmann

Am 14. April wurde die Birke umgesetzt, die vor fünf Jahren zum 60. Todestag von Nikolai Bersarin an der Alfred-Kowalke-Straße gepflanzt wurde. Auch sie musste den geplanten Straßenbau-Maßnahmen weichen.

Ronny und Christoph, zwei Landschaftsgärtner einer Baumpflegefirma aus Velten haben in zwei Stunden nicht nur fachgerecht die Birke umgesetzt, die einst der Verein „Berliner Freunde Russlands“ stiftete, sondern sie

wollten auch über das Kriegsende und Bersarins Anteil an der Herstellung des Weiterlebens der Berliner Bevölkerung erfahren.

Gerade zum bevorstehenden 65. Jahrestag der Befreiung ist es wichtig, dass junge Menschen vom großen Anteil der Roten Armee erfahren. So können wir die großen Opfer des Sowjetvolkes würdigen, die vor 65 Jahren auch mein Leben erhalten haben.

Rosemarie Heyer

Gedenkort Nöldnerplatz

Der Nöldnerplatz hat sich in der Amtszeit von Bürgermeisterin Christina Emmrich zu einem attraktiven Ort des Wohnens und Arbeitens entwickelt. In seinem Einzugsbereich befinden sich das Kant-Gymnasium, Oberstufenzentren, die Max-Taut-Aula und der neu errichtete Sportplatz Fischerstraße.

Im Jahr 2006 wurde auf der Zukunftskonferenz im Weitlingkiez gefragt, warum es keinen Hinweis auf den Namen Erwin Nöldner gebe. Der Platz wurde 1947 nach Nöldner benannt, ebenso der S-Bahnhof. Viele wissen heute nicht mehr, dass Erwin Nöldner ein aktiver Kommunist und Antifaschist war und im Juli 1944 von den Nazis umgebracht wurde. Er hat in der Türschmidtstraße gewohnt und war u. a. Mitglied bei Sparta Sportliche Vereinigung (heute SV Sparta Lichtenberg 1911).

Auf meine Initiative hin ersuchte 2006 die Fraktion DIE LINKE in der BVV das Bezirksamt, im Rahmen der Neugestaltung des Nöldnerplatzes den Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime öffentlich zu würdigen. Gemeinsam mit dem Verein „Zivilcourage vereint“ riefen wir vor einem Jahr zu einer Spendenkampagne für einen Gedenkstein für Erwin Nöldner auf. Sie erbrachte über 3 100 Euro. Dank den vielen Spendern. Dank aber auch der HOWOGE, welche sich ebenfalls mit 3 000 Euro an dem Gedenkstein beteiligt.

Mit dem Gedenkstein für Erwin Nöldner und andere Antifaschisten wird ein Gedenk- und Erinnerungsort für den Lichtenberger Arbeiterwiderstand geschaffen. Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus soll er am 7. Mai eingeweiht werden. Michael Grunst



Foto: Joachim Pampel

Lichtenberg weltoffen

Den erstmals in diesem Jahr vergebenen Preis „Lichtenberg weltoffen“ erhielt beim Tag der Internationalen Solidarität am 21. April die Gutenberg-Schule in Hohenschönhausen. Der Wanderpokal in Form einer bronzenen Friedenstaube ist mit 1 000 Euro dotiert. „Das ausgezeichnete Schulprojekt“, so Jury-Mitglied Helmut Hahn (auf dem Foto mit Konstantin Bohm von der Preisträgerschule) „besteht seit 1995 und wird jedes Jahr mit neuen Schwerpunkten und anderen Teilnehmern aktiviert. Partnereinrichtung ist ein Schulinternat in Malcad für Kinder mit familiären Problemen. Das Projekt ist nicht nur humanitäre Hilfe vor Ort, sondern schließt einen Schüleraustausch ein, der nicht zuletzt mit diesem Preis finanziert wird.“ Joachim Pampel



Ein Bulldozer für Kuba

Die AG Cuba Sí startet im Mai eine neue Spendenaktion: Für unsere Milchprojekte in Kuba möchten wir einen Bulldozer kaufen, damit von Marabú-Gestrüpp überwucherte Flächen wieder landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden können.



Foto: Cuba Sí

Marabú ist ein Fluch für die kubanische Landwirtschaft. Dieser Dornenstrauch pflanzt sich über tiefe unterirdische Sprosse und Stengelfragmente fort und produziert Unmengen von Samen. Diese sind feuerunempfindlich, bleiben über viele Jahre fruchtbar und zersetzen sich auch nicht im Verdauungstrakt von Tieren. Durch die rasante Ausbreitung des Marabú gehen kostbare Flächen für Viehzucht und Lebensmittelanbau verloren. Derzeit sind in Kuba ca. 1,2 Millionen Hektar befallen – ein Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Auch auf den Cuba Sí-Projekten gibt es das Marabú-Problem. Wir wollen mit unserer Spendenkampagne helfen, diese fruchtbaren Böden zurückzugewinnen, und so die Ernährungssicherheit Kubas weiter stabilisieren.

Eine eingeschleppte Pflanze

Ursprünglich stammt die Marabúpflanze aus der Kalahari-Wüste im Süden Afrikas. Vermutlich wurde sie als Zierstrauch Ende des 19. Jahrhunderts nach Kuba eingeschleppt. Mangelnde Kenntnisse im Umgang mit dieser Pflanze, die ungezügelte Abholzung der Wälder bis Anfang des 20. Jahrhunderts und die tropische Feuchtigkeit haben dazu beigetragen, dass sich der Marabú sehr schnell über das gesamte kubanische Territorium ausbreiten konnte.

Der „beste Freund“ des Marabú war lange Zeit der Mensch, da er die Eigenschaften dieser Pflanze nicht kannte. Deshalb konnte er ihre Ausbreitung nicht eindämmen, selbst wenn ihm dabei alle notwendigen Werkzeuge zur Verfügung gestanden hätten.

Der Kampf gegen den Marabú

Bereits im Jahre 1915 schrieb der kubanische Wissenschaftler Juan Tomás Romay über die vergeblichen Bemühungen mechanischer Art (Abholzung, Kappen der Wurzeln, Bodenaufbereitung, Verbrennung), um der Plage Herr zu werden. Auch wies er auf das Risiko hin, die behandelte Fläche brach liegen zu lassen. Denn werde Marabú auf einer Fläche durch schweres Gerät beseitigt und auch der Grünschnitt sorgfältig entfernt, so werde doch oft versäumt, die Fläche sofort im Anschluss abzubrennen oder eine Aussaat aufzubringen. Der Marabú kehre nicht nur zurück, er verdoppele gar seine Größe und Wuchsdichte. Ein Neubewuchs mit Marabú sei bereits in weniger als zehn Tagen sichtbar. Dieser Neubewuchs deckt weniger fortpflanzungsfähige Kulturen wie das Zuckerrohr buchstäblich zu, wenn nicht eine ständige Pflege erfolge.

Für die Bekämpfung des Marabú gibt es heute zwar schon hochwirksame Herbizide, die jedoch zu einer Kontaminierung des Bo-

dens führen. Deshalb finden sie in den Cuba-Sí-Projekten keine Anwendung. Mit dem Einsatz eines Bulldozers ist es möglich, die Böden von der Marabúpflanze samt Wurzeln zu befreien. Eine sofortige landwirtschaftliche Nutzung der so behandelten Flächen kann die Wiederkehr des Marabú verhindern.

Ernährungssicherheit

Jede zurückgewonnene oder neu erschlossene landwirtschaftliche Nutzfläche trägt zu einer höheren Effizienz der kubanischen Land- und Weidwirtschaft bei. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus einheimischer Produktion kann so gesteigert werden. Gegenwärtig muss Kuba noch immer rund 80 Prozent seiner Lebensmittel importieren. Raúl Castro erklärte im Jahr 2008 die Ernährungssicherheit des Landes zu einer Frage der nationalen Sicherheit.

Auch darf nicht vergessen werden: Kuba ist seit fast 50 Jahren einer aggressiven Blockadepolitik durch die USA ausgesetzt. Der dadurch begrenzte Zugang zum Weltmarkt erschwert auch die technische Modernisierung der kubanischen Landwirtschaft.

Vor dem Hintergrund explodierender Weltmarktpreise für Lebensmittel ist die Rückgewinnung fruchtbarer Flächen in Kuba die richtige Antwort, um auch weiterhin jedem kubanischen Kind seinen täglichen Liter Milch zu garantieren.

Bitte spenden Sie

Bitte unterstützen Sie unsere Solidaritätskampagne „Milch für Kubas Kinder“! Spenden Sie für den Kauf eines Bulldozers zur Bekämpfung des Marabús auf den Milchprojekten von Cuba Sí! Über den Stand der Spendenaktion berichten wir regelmäßig auf unserer Internetseite www.cuba-si.org.

- Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Nummer 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Verwendungszweck bitte unbedingt angeben: Milch für Kubas Kinder/Bulldozer (Spendenbescheinigung auf Wunsch).

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009-455, -456
berlin@cuba-si.org, www.cuba-si.org



Ältester Mietvertrag

Am 1. September jährt sich zum 25. Mal die Gründung des Stadtbezirks Hohenschönhausen. Die Fraktion der LINKEN in der BVV nimmt das Jubiläum zum Anlass, im Rahmen der Feierlichkeiten zum Bezirksjubiläum drei Preise (damaliger Betrag der ersten Monatsmiete in Euro) zu vergeben.



Um die Preise hatten sich bis zu unserem Redaktionsschluss 15 Mieter beworben, die nach dem 1. September 1985 in Neubauten eingezogen waren und noch dort wohnen. Den ersten Platz belegt derzeit ein vom September 1986 datierter Mietvertrag aus dem Haus Am Berl 22.

Unberücksichtigt bleiben Mieter, die vor dem Stichtag 1. September 1985 im Neubaugebiet von Hohenschönhausen einzogen.

Mit dem kopierten Mietvertrag kann man sich noch bis zum 30. Juni in der Fraktion der LINKEN, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin, bewerben. Danach erfolgt der Gegencheck bei den Wohnungsverwaltungen. Bei gleich alten Mietverträgen entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. *Joachim Pampel*

Bürgerhaushalt 2012

„info links“ informiert über die Termine der Stadtteilkonferenzen für den Bürgerhaushalt 2012, damit sich möglichst viele Bürger (und Basisorganisationen der LINKEN) an den Beratungen beteiligen können.

- **Montag, 10.5., 18 – 20 Uhr**
Neu Hohenschönhausen-Süd; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8 – 10, 13051 Berlin
- **Montag, 17.5., 18 – 20 Uhr**
Neu Hohenschönhausen-Nord, Kirche Neu-Wartenberg, Falkenberger Chaussee 93, 13059 Berlin
- **Montag, 31.5., 18 – 20 Uhr**
Dörfer/Falkenberg, INU, Falkenberger Blume, Dorfstraße 31, 13057 Berlin
- **Montag, 31.5., 18 – 20.30 Uhr**
Friedrichsfelde-Süd, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Mittwoch, 2.6., 18 – 20.30 Uhr**
Friedrichsfelde-Nord, LIBEZEM, Rhinstraße 9, 10315 Berlin
- **Dienstag, 8.6., 18 – 20.30 Uhr**
Neu-Lichtenberg, Ev.-Freikirchliche Gemeinde, Heinrichstraße 31, 10317 Berlin

Vom Landesparteitag

Auf dem Landesparteitag der LINKEN im April ging es unter anderem um den Entwurf des neuen Parteiprogramms. Während der Landesvorsitzende Klaus Lederer und andere Delegierte den Entwurf wegen seines fehlenden eigenständigen politischen Gestaltungsanspruches, aber auch ob der zweifelhaften Interessen- und Kräfteanalyse kritisierten, fand die Vertreterin der kommunistischen Plattform durchaus lobende Worte dafür.

Die Debatte um den Programmentwurf ist also dringend notwendig. Sie ist offen und unter Einbeziehung von Außenansichten zu führen. Viele Mitglieder befürchten, dass das neue Programm hinter dem 2003 beschlossenen Programm der PDS und dessen Aussagen zum Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem zurückfällt. Die damalige Frage hieß: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? Die Antwort fordert auch heute einen Gestaltungsanspruch, der auf einer seriösen Interessen- und Kräfteanalyse fußt.

Michael Grunst

Neue Öffnungszeiten

Das Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Löttsch in der Ahrenshooper Straße 5 hat **ab dem 31. Mai** veränderte Öffnungszeiten:

- Montags 12 – 17 Uhr
- dienstags nur nach Vereinbarung
- mittwochs von 10 – 18 Uhr
- donnerstags von 10 – 16 Uhr
- freitags von 10 – 14 Uhr.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Stark angestiegen

Während bei der Aufstellung des Bürgerhaushaltes 2008 insgesamt 40 Vorschläge eingebracht worden sind, wird die Bezirksverordnetenversammlung in diesem Jahr bereits über 241 Vorschläge befinden. 75 davon wurden in die Prioritätenliste aufgenommen.

Kiezatlas

524 Einträge mit Angeboten für alle Altersgruppen listet der Kiezatlas des Bezirkes im Internet auf. Das vom Bezirksamt verantwortete Portal wird regelmäßig aktualisiert (www.kiezatlas.de/lichtenberg).

Direkter Draht

Den mit Beginn dieses Jahres eingerichteten „direkten Draht“ zur Bezirksverwaltung nutzen bereits Hunderte Lichtenberger. Dies teilt der Bezirksamtsbericht für das 1. Quartal 2010 mit (www.berlin.de/ba-lichtenberg/aktuelles/kontakt.php).

Angebotsdefizit

In Lichtenberg gibt es per 31. März für 9999 Kindertagesstättenplätze eine Betriebserlaubnis. Freie Träger stellen derzeit aber nur 9397 bereit. Inzwischen verlangen steigende Geburten- und Zuzugszahlen zwingend neue Kinderbetreuungsplätze.

Besucherzuwachs

Im ersten Quartal 2010 führte das Lichtenberger Kunst- und Kulturamt 279 Veranstaltungen durch. Das sind 52 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. 19266 Besucher nahmen die Angebote wahr.

Perspektiven

Von der Grundschule im Grünen zum „Grünen Campus Malchow“ – mit dem Beschluss 1682/VI unterstützte die Bezirksverordnetenversammlung in ihrer jüngsten Tagung auf Initiative der Linksfraktion die Absichten der Malchower Schule, sich zur Gemeinschaftsschule zu mausern.

Programmdebatte in „info links“

Der Entwurf des Parteiprogramms der LINKEN fordert zur Diskussion heraus. „info links“ will sich im Pro und Contra beteiligen. Dazu hoffen wir auf viele Leserzuschriften. Dieter Görsdorf machte den Anfang.

Die Reaktionen der politischen Konkurrenz auf den ersten Entwurf unseres künftigen Parteiprogramms sollten uns optimistisch stimmen: Die CSU sieht die freiheitliche Grundordnung in ihren Grundfesten bedroht, von der SPD kommen die üblichen abwertenden und hämischen Kommentare.

Aus den eigenen Reihen hörte man neben erster Kritik viel Zustimmung und verhaltenen Optimismus. So begann Genosse Dr. Bernd Ihme seine Einführung in die Programmdiskussion mit der Karlsruher Basis am 7. April. Als Sekretär der Programmkommission hat er den bisherigen, gewiss nicht immer einfachen Prozess bis zur Vorstellung des Entwurfs Ende März hautnah miterlebt und war deshalb der ideale Diskussionspartner für uns.

Er konnte natürlich nur auf einige Schwerpunkte verweisen und Stichworte des Ent-

wurfs kommentieren. Und deutlich machen, dass es bis zur Verabschiedung des Programms die Chance gibt, Veränderungen aufzunehmen.

Dabei sollte der Versuchung widerstanden werden, Aussagen zu aktuellen Problemen zu machen, die besser in einem Wahlprogramm aufgehoben wären. Wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, auf alle Fragen der Gegenwart und Zukunft eine befriedigende Antwort zu haben, für alle Probleme der Menschheit schon eine Lösung anbieten zu können.

Zu Recht hervorgehoben wurde die große Bedeutung des sozialökonomischen Umbaus der Gesellschaft und alle damit im Zusammenhang stehenden Probleme. Kritische Anmerkungen gab es u. a. zur Forderung, alle privaten Banken zu verstaatlichen, zur Wertung der Vereinigung von KPD und SPD 1946 als „unter Druck zustande gekommen“, was als Verallgemeinerung von anwesenden Zeitzeugen so nicht empfunden wurde.

Fazit dieser ersten Aussprache: ein guter Entwurf, der neben Zustimmung auch Widerspruch herausfordert und nötig hat. Er sollte in den nächsten Monaten die Chance bekommen, die Erfahrungen und Erwartungen möglichst großer Teile der Mitgliedschaft aufzunehmen.

Dieter Görsdorf

Wo steht die Wiege der LINKEN?

Im Programmentwurf zum Abschnitt I „Woher wir kommen, wer wir sind“ heißt es ganz richtig: Erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen. Dies haben insbesondere Marx und Engels gezeigt. Das ist unbestritten so.

Doch wie soll das geschehen? Die Befreiung verwirklicht sich nicht von selbst! Bestand nicht das große Verdienst von Marx und Engels darin, bei der Lösung der sozialen Frage die Werktätigen aller Länder im Kampf zu vereinen, wenn sie etwas erreichen wollen? Sie haben als allererste die Idee in die Welt gebracht, die Vorurteile unter den Rassen und Nationen zu zerstören, durch welche Herrschaft sich (weltweit) etabliert und erhält.

Indem Marx und Engels die Ignoranz der Mächtigen enttarnten, machten sie als erste auch die Arbeitenden zu Subjekten der Geschichte. Denn sie erkannten, dass alle Unterjochung auf der Unwehrhaftigkeit und der Ungebildetheit der Ausgebeuteten beruht und machten es sich zur Lebensaufgabe, die öko-

nomischen Gesetze beherrschen zu lernen, um sie lehren zu können. Denn ohne dieses ökonomische Wissen wird jede soziale Veränderung ein fruchtloser Traum bleiben, erkannten sie. Legen wir diese Wurzeln zu Grunde, erschließt sich auch der Zusammenhang zwischen den verschiedensten sozialen Bewegungen, auf die wir in den letzten 200 Jahren zurückblicken, die mit der Französischen Revolution ihren Anfang und in ihrer Losung, „Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit“ ihre Krönung fand, und bis heute Anhänger in aller Welt hat.

Liebe Genossen, ich streite dafür, das Kapitel I unseres Programms nicht so schrecklich ahistorisch daherkommen zu lassen und die Dynamik und den Zusammenhang aller bisheriger sozialer Bewegung und Veränderung darzustellen! Und dabei auch über den Tellerrand Deutschlands hinweg zu gucken! Nur so wird die Einladung, am Ende des Abschnitts I unseres Programmentwurfs, für eine bessere Welt zu sein und sie auch erkämpfen zu wollen, für andere Menschen annehmbar. Wir brauchen einen unverstellten, das heißt, einen realistischen Blick auf die Zukunft – nur so werden wir politisch erfolgreich sein.

Marga Voigt, Basisgruppe 40/I

Veranstaltungen

- **Freitag, 7.5., 10 Uhr**
„Der besondere Feiertag“: 8. Mai 1945 – Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, mit Prof. Heinrich Fink; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38, Eintritt 5 €, inkl. Frühstücksbufett
- **Freitag, 7.5., 19 – 20.30 Uhr**
„Den Frieden feiern“, 65 Jahre Tag der Befreiung; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Sonnabend, 8.5., Tag der Befreiung**
→ Kranzniederlegungen: **9.30 Uhr:** Stelen Wuhlheide, Erlöserkirche Nöldnerstraße, Fennpfuhl; **10 Uhr:** Ehrenmal Küstriner Straße, anschließend St. Hedwigs-Friedhof; **15 Uhr:** Deutsch-Russisches Museum Karlsruh; **17 Uhr:** Ehrenmal Treptow
→ Weitere Veranstaltungen: **10 Uhr:** Gedenken an Nikolai Bersarin, Alt-Friedrichsfelde/Rosenfelder Straße; **12 – 24 Uhr:** „Erinnerung an den Frieden – Kriegsende in Europa“, Museumsfest im Deutsch-Russischen Museum, Karlsruh; **14 Uhr:** „Lesen gegen das Vergessen“, Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 1
- **Sonntag 9.5., 14 Uhr**
Prof. Jürgen Hofmann und Klaus Schäling laden ein zum „Friedrichsfelder Friedhofsspaziergang“. Er ist den Frauen und Männern gewidmet, die in den Streitkräften der Antihitlerkoalition zum Sieg über Nazideutschland beitrugen. Treffpunkt: Haupteingang Gudrunstraße, Unkostenbeitrag 4/2 €, Kinder bis 14 Jahre frei
- **Montag, 10.5., 11 – 13 Uhr**
„Lesen gegen das Vergessen“; August-Bebel- Platz
- **Montag 7.6., 19.30 Uhr**
„Die Zukunft der Partei DIE LINKE“, Veranstaltung zum Rostocker Parteitag und zur Programmdebatte, mit Gesine Löttsch; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8 – 10

Sozialrechtsberatung

Ab Mai 2010 werden in der Geschäftsstelle der Lichtenberger LINKEN Sozialrechtsberatungen mit einem Rechtsanwalt angeboten.

- **Ort:** Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin,
- **Erster Termin:** 20. Mai, 17 – 19 Uhr, Folgetermine: jeden 3. Donnerstag im Monat, jeweils von 17 – 19 Uhr

Wolfgang Schmidt

Fehler?

Der Verkauf der GSW durch Rot-Rot im Jahre 2004 sei ein Fehler gewesen, heißt es. So wie das leider richtig ist, so sehr täuscht die nackte Aussage über die komplizierte damalige Entscheidungssituation hinweg. Alle Oppositionsfractionen – ganz vorn die Grünen – waren vor das Landesverfassungsgericht gezogen, um von Rot-Rot die Veräußerung von Landesvermögen zu erzwingen, um die Einnahmen zu erhöhen. Und das damals konservativ dominierte Gericht hatte genau das bestätigt. Zudem bereiteten wir uns auf die Klage in Karlsruhe vor, um Haushaltsnotstand und Bundesergänzungshilfen bestätigt zu bekommen. Dafür mussten die ca. 4 Milliarden Euro aus eigener Kraft eingespart werden, die Berlin jährlich mehr ausgab als einnahm, und für die GSW wurden fast eine halbe Milliarde bezahlt und 1,5 Milliarden Schulden übernommen. Dennoch war der Verkauf der GSW falsch, aber Rot-Rot hat damals nicht leichtfertig gehandelt und sich bald danach entschieden, kein Unternehmen der Daseinsvorsorge mehr zu privatisieren. Das haben wir gemacht, gegen alle Forderungen von Opposition und Bundesverfassungsgericht.

Verschwendung?

Der Bundesrechnungshof hat die Berliner Wohnungsregelung für Langzeitarbeitslose erneut kritisiert und eine deutliche Verschärfung gefordert. Als Verschwendung werden z. B. die von Rot-Rot politisch gewollte Härtefallregelung für Schwangere, Alleinerziehende, Kinderreiche, ältere und behinderte Menschen bezeichnet. Kritisiert wird auch, dass in Berlin – wenn ein Umzug teurer ist als

der Verbleib – die Betroffenen weitere 6 Monate in ihrer Wohnung bleiben können, um sich auf die Arbeitssuche zu konzentrieren. Nichts sagt der Bundesrechnungshof hingegen zur Vermeidung von Zwangsumzügen, zum Erhalt des sozialen Umfelds für Arbeitslose oder zur Wohngeldanpassung an die Mietsteigerungen. Nicht die soziale Auslegung durch Rot-Rot ist zu kritisieren, sondern der Rechnungshof, der Langzeitarbeitslose noch mehr für etwas bestrafen will, wofür sie in der Regel nichts können.

Zwang?

Im Ergebnis des Lichtenberger Bürgerentscheids zum Globus-Selbstbedienungs-Warenhaus wird gefordert, dass die Verwaltung die Trägerinitiativen zwingen soll, Fragestellungen zu formulieren, die die Bürger auch verstehen. Aber was zunächst vernünftig klingt, sollte man einmal konsequent zu Ende denken. Sollen Politik und Verwaltung wirklich im Konfliktfall – unter dem Vorwand eines verständlichen Textes – unliebsame Fragestellungen verhindern können? Vielleicht muss die Beratung durch die Verwaltungen verbessert werden, aber es muss die freie Entscheidung der Initiativen bleiben, wie sie damit umgehen. Das einzige „Druckmittel“ gegen unverständliche Fragestellungen hat die Bevölkerung, indem sie z. B. nicht hingehet.

Genau vor zwanzig Jahren – mit den Wahlen vom 6. Mai 1990 – begann die parlamentarische Arbeit der PDS in Berlin. Hier ein Blick in die PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung: links Landesvorsitzender Wolfgang Adolphi, daneben Fraktionsvorsitzender Peter-Rudolf Zottl.



Foto: Privat

Verbindlich?

Gefordert wird auch, dass nur noch Entscheidungen stattfinden sollen, die eine bindende Wirkung für das Verwaltungshandeln haben. In der Konsequenz würde das aber unserem Grundsatz widersprechen, dass der Bevölkerung die gleichen Möglichkeiten wie der BVV zustehen – und diese kann eben bindende sowie empfehlende Beschlüsse fassen. Die direkte Demokratie nur bei bindenden Entscheidungen zuzulassen, wäre eine klare Einschränkung für die Bürger.

Um das zu umgehen, wird auch gefordert, dass die BVV künftig über alles im Bezirk verbindlich entscheiden kann. Doch genau das geht nicht: Berlin ist eine Einheitsgemeinde, und so manche scheinbar bezirkliche Angelegenheit hat gesamtstädtische Dimensionen. Deswegen sind auch oft Entscheidungsgremien beteiligt, auf die – wie auf das Abgeordnetenhaus, den Senat oder den Bund – eine BVV keinen verbindlichen Einfluss haben kann. Um spätere Enttäuschungen zu vermeiden, soll künftig der Bindungsgrad eines Entscheids immer wieder verdeutlicht und begründet werden. Dann wissen alle von Anfang an, was ein erfolgreicher Entscheid bewirken kann.

Peter-Rudolf Zottl

Unsere Sprechstunden

- **Evrin Baba-Sommer:**
☎ 0172-39 25 870, 27. Mai, 16 Uhr, Kieztreff „Falkenbogen“, Grevesmühlener Straße 20
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 27. Mai, 17 Uhr, LiBeZem, Rhinstraße 9
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 2. Juni, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zottl:**
☎ 0151-1560 2356, 26. Mai, 17 Uhr, Sozialer Treffpunkt „Lebensnetz“, Anna-Ebermann-Straße 26

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787, Sprechstunde: 27. Mai, 16 Uhr, Bürgerbüro (bitte zur Sprechstunde anmelden; oder Termine telefonisch vereinbaren)

Wir kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



EU-Strategie 2020

Mit Martina Michels sprach für „info links“
Peter-Rudolf Zotl

Seit Februar 2010 ist Martina Michels, Vorsitzende des Europaausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus, Stellvertreterin der deutschen Vizepräsidentin im Brüsseler Ausschuss der Regionen (AdR). Sie vertritt somit im dortigen Präsidium die deutsche Delegation, die aus Mitgliedern aller fünf Bundestagsfraktionen besteht. Mitglied im AdR ist auch der Brandenburger Wirtschaftsminister Ralf Christoffers von der LINKEN.

● Welche Rolle spielt der Ausschuss der Regionen?

Der AdR setzt sich aus 344 Mitgliedern – vor allem Bürgermeister, Regionalabgeordnete und regionale Regierungsvertreter aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten – zusammen. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind verpflichtet, den AdR in die Entscheidungsprozesse auf den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen einzubeziehen, also vor allem in die Sozial-, Bildungs-, Regional-, Umwelt- und Verkehrspolitik. Wir können den Europäischen Gerichtshof anrufen, wenn unsere Rechte verletzt wurden oder wenn eine EU-Rechtsvorschrift regionale oder lokale Kompetenzen missachtet. Denn in den Regionen und Kommunen wird der überwiegende Teil der europäischen Politik in die Praxis umgesetzt, und gerade dort zeigen sich die Auswirkungen der EU-Entscheidungen besonders deutlich. Insofern haben wir uns auch sehr kritisch mit den Vorschlägen der EU-Kommission für die EU-Strategie 2020 auseinandergesetzt.

● Das ist genau das Stichwort: Worum geht es bei diesen strategischen Vorschlägen?

Die Staats- und Regierungschefs haben die Grundzüge dieser Strategie auf ihrem Frühjahrgipfel vorgestellt. Diese Strategie soll in Nachfolge der gescheiterten Lissabon-Strategie die EU handlungs- und zukunftsfähiger sowie krisensicherer machen. Nach den Worten des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso soll die neue Zehn-Jahres-Strategie Europa helfen, wieder ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent oder mehr zu erreichen.

● Das ist ja nicht unvernünftig ...

Stimmt. Das Konzept umfasst Zielvorgaben für 2020 in fünf Schlüsselbereichen: Beschäftigung, Forschung, Umweltschutz, Bildung und Armutsbekämpfung. 75 Prozent aller EU-



Martina Michels (links, Mda, DIE LINKE) ist stellvertretende Vizepräsidentin im EU-Ausschuss der Regionen.

Einwohner zwischen 20 und 64 Jahren sollen künftig einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Drei Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts sollen in Forschung und Entwicklung investiert werden. Mindestens 40 Prozent aller jüngeren Menschen sollen künftig eine Hochschulausbildung vorweisen können, während die Schulabbrecherquote auf unter zehn Prozent kommen soll. Die EU will sich auch darum bemühen, die Zahl armer Menschen in Europa von 80 auf 60 Millionen zu senken. Beim Klimaschutz soll der Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen um mindestens ein Fünftel gegenüber 1990 gedrosselt werden. Der Anteil erneuerbarer Energien soll auf 20 Prozent steigen, der Energieverbrauch gleichzeitig um 20 Prozent sinken.

● Und wo liegt das Aber?

An ganz zentraler Stelle. Vor allem fehlt nämlich weiterhin ein klares Bekenntnis zu sozialen Mindeststandards in der Europäischen Union. Vielmehr setzt auch die neue Kommission auf Beschäftigung um jeden Preis – also auf Niedriglohn, Zeitarbeit und Sozialabbau. Vor allem über Steuer- und Sozialdumping soll die EU zum „wettbewerbsfähigsten Raum der Welt“ gemacht werden. Da an diesem Ziel schon die Lissabon-Strategie gescheitert war, ist fest damit zu rechnen, dass der sozialpolitisch fatale Weg noch forciert werden soll. Das werden wir mit ganzer Kraft bekämpfen.

● Wie reagiert die schwarz-gelbe Bundesregierung?

Obwohl die EU-Kommission in ihrem Entwurf sozialpolitisch sehr vage bleibt und auf Mindeststandards verzichtet, geht Schwarz-Gelb offensichtlich selbst das noch zu weit. Kanzlerin Merkel betonte vor dem Bundestag, die angekündigte Armutsreduzierung sei eine Einmischung in die nationalen Angelegenheiten, denn Sozialpolitik falle schließlich in die nationale Kompetenz ...!

Doch der Kampf gegen Armut muss neu gedacht werden, er setzt eine nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung voraus. Mit den UN-Entwicklungszielen z. B. hat sich die Weltgemeinschaft bereits im Jahr 2000 gemeinsame Ziele im Kampf gegen Armut, Hunger und Krankheit gestellt. Das hat übrigens auch der Ausschuss der Regionen in seiner kritischen Stellungnahme betont. Aber Frau Merkel kann sich dagegen ein vergleichbares Vorgehen der Europäischen Union nicht vorstellen.

Kontakt

Martina Michels, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, ist im Abgeordnetenhaus erreichbar unter:

- Telefon: 2325 2504
- Mail: michels@linksfraktion-berlin.de

Gern kommt sie zu Basis- und Bürgerversammlungen über europapolitische Fragestellungen.



Sternzeit F:A:S

Ein künstlerisches Projekt besonderer Art hat mit unserem Bezirk zu tun. Vor einem Jahr starteten die Staatsoper Unter den Linden, der Caritasverband und Kinder aus dem Stadtteil Frankfurter-Allee-Süd dieses Projekt. 120 Mädchen und Jungen aus Kinder- und Jugendzentren, Schulen, der Schostakowitsch-Musikschule und der Pfarrgemeinde St. Mauritius waren ein Jahr lang beteiligt. Sie entwickelten unter Anleitung von Musik-, Tanz- und Sozialpädagogen die Kinderoper „Sternzeit“ nach der Vorlage der Oper L'etoile von Emmanuel Chebrier, die als Premiere an der Staats-

oper am 16. Mai unter der musikalischen Leitung von Sir Simon Rattle aufgeführt wird. Viele kamen in diesen Monaten zum ersten Mal überhaupt mit künstlerischer Arbeit in Kontakt. Die Idee, Jugendlichen aus sozial schwachen und benachteiligten Familien die Chance zu eröffnen, eine bis dahin fremde Welt zu erfahren, ist voll aufgegangen.

Ich habe einen Teil der Darsteller erlebt, als am 15. April in der Bodo-Uhse-Bibliothek eine kleine Fotoausstellung mit Bildern über die Probenarbeit eröffnet wurde – es war berührend und schön. Die „Sternzeit F:A:S“ ist vom 28. bis 31. Mai im Theater an der Parkaue zu erleben.

Inge Uesseler



Foto: © Sternzeit F:A:S

„Und außerdem werde ich jetzt 100!“

So war ein bewegender Abend mit Elfriede Brüning im „studio im hochhaus“ überschrieben. Sie war die Jüngste im „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller“ – und sie ist die Letzte, die noch lebt.

„Die beschreibt uns so, wie wir sind, nicht so, wie wir sein sollen“, kritisierten Studenten der ABF ein Manuskript von ihr, und der Roman erschien dann nicht. Solchen Urteilen war sie während ihres Schriftstellerlebens in der DDR immer wieder ausgesetzt. Doch ihren Lesern gefiel, was sie beschrieb: das pralle,

ungeschönte Leben, die Konflikte, die sich vor allem für Frauen ergaben, wenn sie im Beruf „ihren Mann“ standen und zugleich Frau und Mutter waren. So erreichten ihre Bücher hohe Auflagen.

Zu ihrem 100. Geburtstag im November wird ein Film gedreht, aus dem wir an diesem 23. April Szenen sehen konnten. Allerdings sind weder rbb noch mdr daran interessiert. Denn wie Elfriede Brüning am Schluss sagte, war sie eine Schriftstellerin der DDR. Dazu bekennt sie sich bis heute.

Inge Junginger

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 4/10: 28.4.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 3.6.2010

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 25.5.2010

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 9.5., ab 11 Uhr**
Frühlingskonzert der Schostakowitsch-Musikschule: Rhythm & Melody Concertband und Jugendstreichorchester; Max-Taut-Aula, Fischerstraße, Eintritt: 7,50/5 €
- **Montag, 17.5., 19 Uhr**
„Über sieben Brücken musst du geh'n“, Konzertlesung mit Christine Dähn und Thomas Natschinski; Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Dienstag, 18.5., 19 Uhr**
„Mein 1989“, Episodenfilm von Studenten der Hochschule für Film und Fernsehen, „Konrad Wolf“, anschließend Gespräch mit den Regisseuren; Galerie Carlshorst im Kulturhaus, Treskowallee 112
- **Dienstag, 25.5., 15 Uhr**
Unterhaltsames Europa-Filmquiz: „Mitten im Leben – mitten in Europa. Das Wirken der EU zum Wohle der Senioren“; Begegnungsstätte, Judith-Auer-Straße 8
- **Mittwoch, 26.5., 14.30 Uhr**
„Auch ein Haar wirft Schatten ...“, Frauenzimmergedichte und Geschichten, vorgelesen von Frau Bera; Begegnungsstätte Hönower Straße 30 a, Eintritt: 2,50 €
- **Donnerstag, 27.5., 19 Uhr**
Vernissage: „Ich mich auch“, Zeichnungen und Malerei von Franz Zaulek; Ratskeller, Möllendorffstraße 6
- **Freitag, 28.5. – Montag, 31.5.**
Kinderoper „Sternzeit F:A:S“, Junges Staatstheater Berlin; An der Parkaue 29, Termin- und Karteninfos: 55 77 52-0 und unter www.parkaue.de
- **Dienstag, 1.6., 18.30 Uhr**
Klavierkonzert: Stanislaw Widulin spielt Chopin; Schostakowitsch-Musikschule, Stolzenfelstraße 1
- **Mittwoch, 2.6., 19 Uhr**
Vernissage: Malerei von Dieter Ganz; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99
- **Freitag, 4.6., 14 – 20 Uhr**
Ostseefest am Malchower See
- **Sonnabend, 5.6., 16 – 1 Uhr**
„2. Lange Nacht der Bilder“, 6 Touren zu über 50 Lichtenberger Einrichtungen, Eintritt frei, Infos: www.kulturring.org; u. a. im Schloss Hohenschönhausen, Hauptstraße 44, 16 – 19 Uhr: Ausstellung, Lesung, Portraitzeichnen und Signierstunde mit Harald Kretzschmar
- **Noch geöffnet:** Ausstellung im Deutsch-Russischen-Museum: „Kapitulation in Karlshorst“, Führungen: sonntags, 15 Uhr, Zwieseler Straße 4